

Hybride öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 09.02.2022
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle digital

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser digital

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt digital

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg öffentliche Sitzung: digital, nichtöffentliche Sitzung: Präsenz

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer öffentliche Sitzung: digital, nichtöffentliche Sitzung: Präsenz

Herr Stadtrat Christof Preiß nur in der öffentlichen Sitzung anwesend, digital

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider digital

Herr Stadtrat David Sopp öffentliche Sitzung: digital, nichtöffentliche Sitzung: Präsenz

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann öffentliche Sitzung: digital, nichtöffentliche Sitzung: Präsenz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger digital

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert
 Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

digital, ab TOP 3 der öffentlichen Sitzung Präsenz

Herr Stadtrat Gerhard Bucher
 Frau Stadträtin Sigrid Heusel
 Herr Stadtrat Alessandro Lieb
 Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab
 Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker
 Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
 Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Nadine Molinari
 Frau Stadträtin Karin Rauscher
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
 Streit

ab 19:15 Uhr.

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
 Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Andrzej Sielicki

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Ortsvorsteherin

Frau Ortsvorsteherin Anna Zeller-Klein

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt
 Herr René Bantel
 Frau Sybille Bruckner-Schmidt
 Frau Eva Bublitz
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst
 Frau Margot Groß
 Herr Alexander Groll
 Herr Ralph Häcker
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann
Frau Christine Hüttmann
Herr Dr. Niklas Konzen
Fräulein Stefanie Miller
Herr Tobias Müller
Herr Helmut Ott
Herr Matthias Pflüger
Herr Thomas Ringel
Herr Ralf Schamberger
Herr Michael Schaumann
Herr Uwe Schubert
Herr Alexander Trautmann
Herr Raphael Wieler

Abwesend:

Die Linke

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd
Herr Stadtrat Benedikt Disam

Tagesordnung

=====

- 1** Einbringung der Haushaltssatzung der Stadt Schwäbisch Gmünd für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 sowie der Wirtschaftspläne der städtischen Eigenbetriebe für das Jahr 2022
- 2** Einbringung der Haushaltssatzung der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd für das Haushaltsjahr 2022
- 3** Stadtwald Schwäbisch Gmünd:
Vorstellung des Betriebsplans für das Forstwirtschaftsjahr 2022/2023
- 4** Hospitalwald Hospitalstiftung zum Heiligen Geist:
Vorstellung des Betriebsplans für das Forstwirtschaftsjahr 2022/2023
- 5** Naturnahe Waldbewirtschaftung Stadtwald
- Umsetzung 2. Tranche Alt- und Totholzkonzept
- 6** Naturnahe Waldbewirtschaftung Hospitalwald
- Umsetzung Alt- und Totholzkonzept
- 7** Lärmaktionsplan Schwäbisch Gmünd
- 8** Interfraktioneller Antrag zum Beitritt der "Städteinitiative Tempo 30"
- 9** Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren", hier: Einreichung des Zuwendungsantrags für das Projekt "Gmünd für morgen"
- 10** European Energy Award – Vorstellung des Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystems als Unterstützung zur Erreichung von Klimazielen in Schwäbisch Gmünd
- 11** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 12** Bekanntgaben
- 13** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Oberbürgermeister Arnold Stadträtin Abele zur 30-jährigen Mitgliedschaft im Gemeinderat. Er setzt den Tagesordnungspunkt 10 ab und verweist auf die Gemeinderatssitzung am 09.03.2022, bei der dieser behandelt werde.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Ansonsten liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Einbringung der Haushaltssatzung der Stadt Schwäbisch Gmünd
für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 sowie der Wirtschaftspläne der
städtischen Eigenbetriebe für das Jahr 2022
Vorlage: 014/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold hält die Haushaltsrede (siehe Anlage) und verweist auf die lange Version, die auf der städtischen Homepage abrufbar sei (siehe Anlage).

Herr Bantel präsentiert den Haushalt (siehe Anlage).

Bürgermeister Mihm führt aus, dass es erhebliche Anstrengungen bedürfe, um die aktuelle Einwohnerzahl konstant zu halten bzw. zu steigern.

Erster Bürgermeister Baron stellt den weiteren Fahrplan bis zum Beschluss der Haushaltssatzung vor.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

**zu 2 Einbringung der Haushaltssatzung der Hospitalstiftung zum
Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 015/2022**

Protokoll:

Herr Bantel präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

**zu 3 Stadtwald Schwäbisch Gmünd:
Vorstellung des Betriebsplans für das Forstwirtschaftsjahr 2022/2023
Vorlage: 010/2022**

Protokoll:

Die Tagesordnungspunkte 3 bis 6 werden zusammen behandelt.

Herr Weiher präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach weiteren Entwicklungsmöglichkeiten.

Herr Weiher antwortet, dass es genügend stadtnahe Waldflächen gebe. Dort wo eine Erweiterung noch möglich wäre, sei diese jedoch nicht sinnvoll.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen fordert eine adäquate Bejagung von den Pächtern. Sie erkundigt sich, inwieweit die anderen Maßnahmen des deutschen Jagdverbandes in Schwäbisch Gmünd zum Einsatz kommen würden.

Herr Weiher antwortet, dass dies ein sehr komplexes Thema sei. Man versuche möglichst viel umzusetzen. Wildäsungsflächen zu schaffen, sei überholt.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich wie es mit der Waldwegpflege in stillgelegten Wäldern. Er erkundigt sich nach der Haftung, wenn ein Baumstamm umfalle und jemanden treffe.

Herr Weiher antwortet, dass im Wald andere Regeln gelten. Wer sich dort aufhalte, habe in aller Regel bei Naturereignissen eine Selbstverantwortung.

Stadtrat Maihöfer/CDU erkundigt sich, wie man mit Konflikten zwischen Totholzwaldbesitzer und Privatwaldbesitzer umgehe.

Herr Weiher antwortet, dass man hier keine Konflikte habe.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Er erkundigt sich, warum die Lücken zwischen den Erweiterungsflächen teilweise geblieben seien und man kein gesamtes Gebiet daraus mache, damit es eine größere Wirkung hätte.

Herr Weiher antwortet, dass die Lücken auf nicht geeignete Bestände, Privatbesitz oder auf Heideflächen zurückzuführen seien

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2022/2023 für den Stadtwald Schwäbisch Gmünd, wie von der Kreisforstverwaltung vorgestellt, zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

- zu 4 Hospitalwald Hospitalstiftung zum Heiligen Geist:
Vorstellung des Betriebsplans für das Forstwirtschaftsjahr 2022/2023
Vorlage: 009/2022**

Protokoll:

Siehe TOP 3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2022/2023 für den Hospitalwald, wie von der Kreisforstverwaltung vorgestellt, zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

- zu 5 Naturnahe Waldbewirtschaftung Stadtwald
- Umsetzung 2. Tranche Alt- und Totholzkonzept
Vorlage: 012/2022**

Protokoll:

Siehe TOP 3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Erweiterung des Alt- und Totholzkonzeptes, entsprechend der Flächenaufstellung in Anlage 2 zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Naturnahe Waldbewirtschaftung Hospitalwald
- Umsetzung Alt- und Totholzkonzept
Vorlage: 013/2022**

Protokoll:

Siehe TOP 3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Ausweisung von Waldrefugien im Hospitalwald entsprechend der Flächenaufstellung in Anlage 2 zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 7 Lärmaktionsplan Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 230/2021/1**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE vor (siehe Anlage)

und führt aus, dass der Antrag rechtlich nicht zulässig sei, da es Geschäft der laufenden Verwaltung und nicht des Gemeinderats sei.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass der Antrag ein Zusatz zu dem von der Stadt vorgelegten Lärmaktionsplan sei. Man fordere, dass die Maßnahmen auch umgesetzt werden würden. Man solle die Möglichkeiten, die einer Stadt zustehen würden, auch ausnutzen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es rechtlich nicht zulässig sei. Man solle die Erwartungshaltung nicht so hochsetzen, da man keine Enttäuschungen herbeiführen wolle. Man könne aus dem Plan nicht einen einzigen Baustein herausgreifen in Form der Geschwindigkeitsanordnung für einen bestimmten Straßenabschnitt. Darüber habe man noch nie im Gemeinderat abgestimmt, es sei Sache der laufenden Verwaltung. Verkehrsfragen seien sehr vielschichtig.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man eine Debatte brauche, die man vor Ort führen lassen müsse.

Stadtrat Bläse/CDU bringt zum Ausdruck, dass man über die Zulässigkeit des Antrags sicherlich streiten könne. Wenn man jedoch einen Antrag stelle, dann sei es nicht seriös und zielführend, wenn dieser erst so kurz vor der Sitzung eingehe. Er habe letzte Woche vor Aktionismus gewarnt und dieser Antrag zeuge von Aktionismus, da man ein einzelnes Element herausgreife. Tempo 30 stehe im Lärmaktionsplan immer in Kombination mit anderen Maßnahmen. Er würde sich der Diskussion aber auch stellen und wäre zuversichtlich, dass der Antrag abgelehnt werde.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass durch den Antrag zu Tempo 30 ein unheimliches Tempo in die Debatte gekommen sei und bedankt sich dafür. Man solle es gemeinsam mit der Bürgerschaft und den Ortschaftsräten diskutieren und beraten.

Herr Sielicki/Sprecher des AK Mobilität erkundigt sich, warum auf der Maßnahmenliste keine Punkte zum Schwerlastverkehr auftauchen würden und ob diese noch aufgenommen werden könnten. Außerdem sollten sozial Benachteiligte bei der Priorisierung zusätzlich berücksichtigt werden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man über die sozial Benachteiligten keinen konkreten Überblick habe.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass der letzte Hinweis von Herrn Sielicki berechtigt sei, das Thema Lärm sei auch ein soziales Thema. Menschen mit einem kleinen Geldbeutel würden tendenziell an stark befahrenen Straßen wohnen. Er entschuldigt sich für die Kurzfristigkeit des Antrags. Man solle das Thema Tempo 30 mehr in den Fokus rücken. Man solle sich der Debatte stellen. Den Antrag ziehe man aufgrund der rechtlichen Unzulässigkeit zurück.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Lärmaktionsplan in der vorliegenden Fassung zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Interfraktioneller Antrag zum Beitritt der "Städteinitiative Tempo 30"
Vorlage: 020/2022**

Protokoll:

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag nochmals vor.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass man den ersten Teil des Antrags befürworte, da man mehr Entscheidungsspielraum bekomme. Bei dem zweiten Teil habe man eine Schwierigkeit. In der Antragstellung seien Worte benutzt wie „flächendeckend“ oder „innerhalb geschlossener Ortschaften“. Dann hätte man innerhalb geschlossener Ortschaften immer Tempo 30. Man glaube nicht, dass Tempo 30 pauschal und immer die passgenaue und sinnvolle Lösung sei. Man sei der Auffassung, eine zielgerichtete und bessere Lösung hinzubekommen. Man brauche eine Klarheit in den Verkehrsregelungen und eine lenkende Wirkung. Er weist darauf hin, dass das Konzept dem Genehmigungsvorbehalt des Regierungspräsidiums unterliege. Es fehle die Überlagerung mit dem Radwegenetz.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Antrag, da Überlegungen in der Verwaltung dadurch beschleunigt worden seien. In der Innenstadt brauche man ein Miteinander an Mobilitätsfragen. Dieses bekomme man nur durch eine Geschwindigkeitsreduzierung hin. Priorität 1 sei der Tunnel, man müsse den Verkehr so lenken. Sei dieser gesperrt, müsse man diesen über die Remsstraße und nicht über die Goethestraße lenken. Außerdem seien in der Innenstadt sehr viele Verkehrsschilder vorhanden.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich, dass Schwung in die Geschichte bringe. Der Inhalt sei jedoch sehr eindimensional, da es sich um ein sehr komplexes Thema handle. Man müsse auch weitere Dinge einbeziehen beispielsweise das Klimaschutzkonzept, den Lärmaktionsplan, den Flächennutzungsplan, den Verkehrsplan und den Stadtentwicklungsplan. Weniger Lärm, bessere Luft und geringere Unfallzahlen seien wissenschaftlich nicht belegt. Beim Thema Verkehr solle man mit Scharfsinn und Intelligenz vorgehen und nicht mit dem Gießkannenprinzip. Man sei es den Bürgern schuldig,

dass man ein ganzheitliches Verkehrskonzept aufstelle mit dem Namen „vernetzte Mobilität“. Man kümmere sich aktuell nicht um die Ursachen und habe dann auch keine Lösungen. Technische Maßnahmen sollten den Maßnahmen, die den Verkehrsfluss und die -lenkung beeinträchtigen, vorgezogen werden. Aber auch weitere Punkte gehörten dazu. Man würde es begrüßen, wenn die Kommune mehr Entscheidungsfreiheit bekomme. Man brauche eine Analyse und Ideen von außen, ansonsten werde man das Konzept nicht finden. Man könne mit dem Konzept mitgehen, es sei ein gangbarer Kompromiss. Niemand auf der Remsstraße wolle Tempo 30. Durchfahrtsstraßen mit Tempo 40 seien ebenfalls sehr gut, da es dann kein ständiger Wechsel zwischen 30 und 50 sei. In der historischen Altstadt Tempo 30 oder weniger sei ebenfalls angemessen. Das vorgelegte Konzept sei nicht die Lösung des Verkehrs- und Mobilitätsproblems. Er wolle die Verwaltung ermutigen, hier einen größeren Schritt zu gehen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass der Antrag der Verwaltung der kleinste gemeinsame Nenner sei, um weiter zu kommen. Die Punkte seien nicht gesetzt, es sei nur ein erster Aufschlag. Man hatte beantragt, der Städteinitiative beizutreten. Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass die Maßnahmen etwas bringen würden. In der Vorlage der Verwaltung stehe auf Seite 4 „Dem Fahrradverkehr werde es erleichtert, entlang der Hauptverkehrsstraßen im Verkehr mitzufahren.“ Bei Tempo 40 sei dies nicht möglich. Er hätte sich gefreut, wenn man der Städteinitiative beigetreten sei. Die Modellstadt hätte den Vorteil gehabt, dass es eine umgekehrte Priorität gewesen wäre. Man mache überall Tempo 30 und schaue dann, wo man höhere Tempi zulassen wolle. Das hätte nicht geheißen, dass man überall Tempo 30 habe. Es wäre ein deutliches Signal gewesen an die Anwohner, dass man die Sorgen ernst nehme. Man lasse die 13.500 Gmünder an den Hauptstraßen, Personen, die einen kleinen Geldbeutel hätten, momentan im Regen stehen. Man erwarte, dass man im Frühsommer von der Verwaltung eine klare Vorlage erhalte, wie man den Plan umsetze.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass auch eine Reduktion auf Tempo 40 bereits etwas bringe.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man den Antrag als Erweiterung des lokalen Handlungsspielraums sehe. Man sei mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, es sei ein kompromissfähiger Weg. Es sei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Man wolle es diskutieren und auch straßenscharf verfeinern. Man wolle ein ausgearbeitetes Konzept von der Stadtverwaltung und an der Ausarbeitung des Konzepts angemessen beteiligt werden. Man wolle vor allem im Hinblick auf Klimaschutz, Gesundheitsschutz und Verkehrssicherheit gemeinsam diskutieren. Daher werde man der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE führt aus, dass die Fraktion es begrüße, dass die Verwaltung den Antrag positiv aufgenommen habe. Die Begründungen für die Ablehnung der Modellkommune sei nachvollziehbar. Es sei darum gegangen, über eine Neuordnung zu diskutieren. Man wolle aktiv daran mitwirken, eine lebenswerte Stadt zu bewahren und zu optimieren. Tempo 40 halte er für keine gute Lösung. Tempo 30 habe eine positive Wirkung auf den Verkehrsfluss, den Lärm und die Luftqualität. In der Vorlage werde angedeutet, dass es dem Fahrradverkehr erleichtert werden würde, mitzufahren. Man beantrage, Tempo 30 auf den innerstädtischen Verkehrsflächen

und Zubringerstraßen aufzunehmen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich, das Fahrradthema werde am 16.03.2022 behandelt.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass man es mit Augenmaß machen müsse und in einen Diskussionsbetrieb einsteigen müsse.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass fraglich sei, was aus der Initiative werde. Daher sei er sehr verwundert, dass man sich nun bereits über Detailfragen unterhalte. Der wesentliche Punkt sei, dass die Entscheidungsfreiheit der Kommune gestärkt werde. Der Ziffer 1 und 2 des Antrags stimme man zu, die Modellkommune müsse nicht sein.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW führt aus, dass man der Stadt sehr dankbar sei, da man sich dem interfraktionellen Antrag nicht angeschlossen habe. Die alleinige Fokussierung auf Tempo 30 verenge den Blick und sei der Sache nicht dienlich. Man brauche einen ganzheitlichen Ansatz. Vor diesem Hintergrund werde man dem Antrag der Verwaltung auch zustimmen.

Stadtrat Kaiser/CDU ist der Meinung, dass man eine gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer benötige. Daher sei es dringend notwendig, dass man die bestehenden Achsen auslote. Man arbeite an einem Radverkehrskonzept. Man solle die Tempo 30-Zonen in der Innenstadt etwas größer fassen. Stadtrat Miller und Stadtrat Dr. Benk würden den Lärmaktionsplan auf Tempo 30 reduzieren, die anderen Maßnahmen würden dabei völlig untergehen. Man tue sehr viel, man stecke Millionen in den Lärmaktionsplan durch die Sanierung der Ortsdurchfahrten, man investiere Millionen für den Lärmschutz. Die Lärmbelastung sei auch durch anderes, bspw. durch Unternehmen, gegeben. Man müsse alles bedenken und nicht nur Tempo 30.

Stadtrat Maihöfer/CDU äußert, dass man die Diskussion auch im Ortschaftsrat geführt habe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet es widersprüchlich, dass man beim Lärmaktionsplan Tempo 30 vorgeschlagen habe und einen Tagesordnungspunkt später es nicht umsetzen wolle. Dies zeige, dass man keinen Willen habe. Die Tempo 30-Diskussion habe sich auf die Straßen bezogen, die über 70 dB, also am stärksten betroffen seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man mit den konkreten Themen in die Ausschüsse gehen wolle.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag der unten genannten Fraktionen teilweise zu folgen und der „Städteinitiative Tempo 30“ insoweit beizutreten,

mehr kommunale Selbstbestimmung bei der Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen im innerörtlichen Bereich zu ermöglichen.

2. Von einer Bewerbung als Modellkommune im Rahmen der Städteinitiative soll abgesehen werden. Stattdessen entwickelt die Stadtverwaltung Pläne für eine Optimierung der Geschwindigkeitsregelungen in der Innenstadt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren", hier: Einreichung des Zuwendungsantrags für das Projekt "Gmünd für morgen"
Vorlage: 008/2022/1**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Dr. Morawitz und Frau Klaus und erläutert das Programm.

Herr Dr. Morawitz erläutert, dass die Innenstadt sehr unter der Pandemie gelitten habe. Es gehe darum, die Innenstadt wieder ins Leben zu bringen. Es gehe nicht nur darum, die Händler und die Gastronomen, sondern die gesamte Innenstadt zu unterstützen. Man müsse die Menschen wieder in die Innenstadt bekommen. Die Dinge, die mit dem Förderprogramm aufgerufen werden, würden sich mit verzahnen, was der Gemeinderat bereits seit längerem plane. Es seien finanzielle Mittel, die man dafür einsetzen könne.

Stadtrat Barth/CDU schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Morawitz an. Schwäbisch Gmünd komme voran. Das Förderprogramm sei eine einmalige Chance für die Stadt. Die Stadt habe viele personelle Ressourcen gebündelt. Nicht alles sei in Stein gemeißelt.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man die Maßnahmen konkretisiere. Wenn man sich jetzt verschulde, dann sei dies nur vorübergehend.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das Bundesprogramm genau zur richtigen Zeit komme. Es decke viele wichtige Themenbereiche ab. Bei verschiedenen Maßnahmen müsse man aber noch in den Ausschüssen diskutieren.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass bei den Details der einzelnen Schwerpunkte noch Gestaltungsspielräume sind.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE lobt die Bereitstellung der Informationen, man könne guten Gewissens zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Zuwendungsantrag für das Projekt „Gmünd für morgen“ soll gemäß den im Sachverhalt dargestellten Projektinhalten für das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ eingereicht werden.
2. Der zur Projektumsetzung benötigte kommunale Eigenanteil in Höhe von 826.030 € wird im Doppelhaushalt 2022/2023 bereitgestellt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2.01

nachrichtlich an Amt:

**zu 10 European Energy Award – Vorstellung des Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystems als Unterstützung zur Erreichung von Klimazielen in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 011/2022**

Protokoll:

Abgesetzt.

**zu 11 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 018/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden,

Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 12 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 13 Anfragen

Protokoll:

Keine.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: